

Protokoll zur ersten Konferenz zur Gründung eines Bundesverbandes der Kleinparteien und basisdemokratischer Akteur*innen am 9. Februar 2019 online und am 10. Februar online und in Berlin.

Vorbemerkung: Da die Konferenz nicht sehr strukturiert ablief und manche Themen mehrfach zur Sprache kamen habe ich mich entschieden, das Protokoll nach Sachgebieten zu ordnen und nicht chronologisch und Dopplungen zusammenzufassen.

Struktur der Konferenz:

- Es soll nicht so viel Chaos gestiftet werden durch die Vermischung zwischen Partei und Verband
- Klare Linie fehlte, Moderation mit der Peitsche nötig
- Mikrofon wäre gut für Präsenztreffen
- Regelmäßigkeit

Anwesende (kein Anspruch auf Vollständigkeit)

Günther Ziehthoff (Selbstbestimmungspartei) (Sa/So)
beni von der Bergpartei (Sa/So)
Andreas Hentsch (Violette) (Sa/So)
Karin Schäfer (Violette) (Sa/So)
Rainer Schäfer (Violette) (Sa/So)
Marion Schmitz (Violette) (Sa)
Daniel Müller (Violette Rheinland-Pfalz) (Sa)
Andreas Wittchen (Schatzmeister der Violetten) (Sa/So)
Walter Linner (Freies Mandat) (Sa)
Sebastian aus Berlin: Initiative Grundeinkommen Berlin,(Sa/So)
Wolfgang Schaeffer: Bürgerinnen-Gutachten-Partei und Bewegung von DiB (Sa)
Florian (Sa)
Bianca Schubert (Bewegerin bei DiB) (Sa/So)
Fabian (Eine Welt-Partei, stellv. Vorsitzender) (So)
Marcus Hißfeld (So)
Simon Kowaleski (Vortand Piraten Berlin) - (So)
Detlev Göpel (V-Partei, Landesvorsitzender Berlin) (So)
Therese (Piraten Berlin) (So)
Jenny (bergpartei) (So)
Fluki (So)

Vorstellungsrunde: Allgemeine Probleme und Ideen

- Kleine Parteien haben gute Programme
- Im GG steht das freie Mandat, da stört der Fraktionszwang, der Idealismus wird glattgeschliffen, das Parlament braucht eine neue Kultur, das Lagerdenken ist nicht hilfreich, aus Koalitionsverträgen gehen Regierungen über die Köpfe hinweg hervor, im Parlament sollten 100% der Bevölkerung vertreten sein, das ist nicht der Fall. Die Leute sind von anderen Ansätzen als links- rechts überfordert
- Es ist eine Herausforderung, in jedem Wahlkreis Direktkandidaten aufzustellen, sie bringen aber mehr Publicity
- es ist letztlich kaum möglich, 4000 Unterschriften zu sammeln, das ist gemacht, um die kleinen draußen zu halten.

- Bedingungsloses Grundeinkommen ist bei Kleinen Parteien verbreitet, laut einer Befragung sind 42 von über 100 Parteien für ein BGE, BGE-Gesprächsrunde in Berlin
- Beim basisdemokratischen arbeiten geht es nicht nur darum, Meinungen einzuholen, sondern darum, wie man alle beteiligen kann. Das soll über geloste Bürger gehen, die Partei sollte das nur ins Parlament tragen.
- es braucht Struktur, um Dinge ins Laufen zu bringen, Politik soll an den Menschen orientiert sein, nicht nur an Macht und Geld.
- Die Menschen sollen begeistert werden, dort mitzumachen. Das Kleinparteien-Bündnis sollte das systemische Konsensieren praktizieren

Allgemeine Statements zum Verband

- Der Verband bringt keinen Identitätsverlust mit sich, der Verband soll keine politischen Inhalte über die Demokratisierung hinaus vertreten, man kann so niedrigschwellig anfangen
- Es geht um Strukturen - die Inhalte bringen die Parteien!, - Es soll kein Einheitsbrei werden
 - Vorteile:
 - Gemeinsame Arbeit im Wahlkampf
 - man kann auf das know-how der Mitglieder zurück greifen.
 - Auftreten: Wir sind der Bundesverband der Kleinparteien! Das führt zu einer Ebene, die man sonst nicht erreicht.
- Kleinparteien sollen zusammen arbeiten um gegen Diskriminierung vorzugehen
 - 5% (gemeinsame Petition gegen die "von oben herab"-Demokratie): Stichwort "keine Stimme verschenken". Eine potentielle Stimme wirkt sich nicht aus, weil jemand Angst hat, seine Stimme zu verschenken.
 - Finanzen
 - Unterschriftensammlung
 - Benachteiligung durch staatliche Institutionen.
 - 8-Parteien-Auswahl beim Wahlomat.
 - Verbindungen (Presse)
 - Verband sollte Kleinparteien in Podiumsdiskussionen bringen
 - Stellung dazu beziehen, dass etablierte Parteien nichts gebracht haben
- Der Verband könnte sehr gut an der Verbesserung der Demokratie arbeiten.
 - Basisdemokratie: Akzeptanz dessen, was die Basis entscheidet.
 - Politisches Konsensieren in die alten Parteien einzubringen wäre mehr geleistet als wir uns zugetraut hätten
 - Andere Meinungen aushalten ist eine Schule der Demokratie nebenbei.
- Gefahren:
 - Wenn Kleinparteien zusammen auftreten macht es sie noch kleiner
 - Wahrnehmung: Wie viele müssen es sein? ➤ Alleinvertretungsanspruch: Es kann sein, dass der nicht anerkannt wird.
- Vorherige Versuche sind gescheitert, woran?
 - Wer die Idee, sich zusammenzutun aufbringt wird leicht mit dem Satz konfrontiert: "Ihr könnt ja bei uns mitmachen"
 - Es wurde versucht, einen Einheitsbrei daraus zu machen.
 - Wen lädt man ein? Es gab schon mal einen Verband, ich (beni) denke, er ist daran gescheitert dass sie so rechtsoffen waren: Man braucht Ausschlusskriterien, alle anderen können teilnehmen.
 - Das hängt von der jeweiligen Satzung ab.
 - Es soll Basisdemokratie sein, daher sollen die Mitglieder entscheiden

Abstimmungen - Stimmverhältnisse und Mitgliedschaft

- Mitgliedschaft
 - Einzelpersonen könnten auch über Ehrenamtsvertrag eingebunden werden
 - Ein Einzelkandidat zählt nicht gleich wie ein Parteimitglied
 - Nach Vereinsgesetz hat jeder eine Stimme
 - Können auch einzelne Parteieinheiten (LV o.ä.) Mitglied werden? Was ergibt sich daraus für die Gewichtung?
 - Es kann zu Doppelt- und Mehrfachmitgliedschaften kommen
 - Kontaktpersonen? Wer Kontakte hat möge bitte Werbung machen
- Abstimmungsverhältnis (Brainstorming für mögliche Abstimmungsmodi)
- Beim Verband sind nicht so gewichtige Entscheidungen zu treffen (außer Ausschlussverfahren) ➤
Delegationen
 - Verband braucht Mitbestimmungsmethoden, ist damit eine Schule der Demokratie, es gibt einen Frust, wie kommt man zu konsensfähigen Abstimmungsmethoden? Der Verband sollte das leben.
 - Jede Person soll eine Stimme haben, die an Mitgliedsorganisation delegiert werden kann.
 - Konsensieren führt zu einer gewerteten Abstimmung, man erhält einen Durchschnittswert, den man den nicht Abstimmenden zuordnet, ein Gruppenergebnis
 - Systemisches Konsensieren ➤ Gewichten ➤ Durchschnittswert, mit Menge der Menschen gewichten
 - Jedes natürliche Mitglied soll eine Stimme haben, Delegation möglich.
 - Wenn eine Partei Mitglied wird können die Mitglieder nicht nochmal eine Stimme haben
 - Der Unterverband soll dem Überverband zugeordnet werden ➤ Basis
 - Doppelte Mehrheit in einem Mehrkammersystem wäre eine Lösung
 - 3 Ebenen der Abstimmung:
 - Partei (500 Mitglieder)
 - Vorstand stimmt für alle ab
 - Vorstand des Bundesverbandes soll abstimmen
 - Eine Partei, die 500 Mitglieder hat die zählen ➤ die Partei wird mit z.B. 300 Unterschriften gewichtet oder die Partei bildet einen konsensischen Wert
- Probleme
 - irgendwann müssen Mitglieder befragt werden
 - Wer ist die Basis? Meist nicht die, die auf einer Bundesversammlung erscheint.
 - Aktive Beteiligung schon im Mitgliedsantrag abfragen, Delegation ggf. dort vermerken..
 - Ausschlussverfahren muss schnell gehen

Ausschlusskriterien

- Radikal: Gewalttätig ist Grenze zu radikal, Begriff ist schwammig, wird zur Diffamierung genutzt, daher ungeeignet
- man soll niemand anderem schaden
- Neoliberal: Alle, die schon mal an der Macht waren wären dann raus.
 - Der Staat soll den Markt gewähren lassen und dafür sorgen, dass diejenigen, die aus dem System fallen keinen Aufstand machen.
 - Das Problem ist, dass der Markt alles bestimmt
 - Welche Parteien sollen damit ausgeschlossen werden? Vor allem die Regierungsparteien
 - Verherrlichung des Marktes, Gier ist aber menschlich, man müsste wieder Werte fördern.

- Ab wann gilt man als Kleinpartei? Wer kann mitmachen?
 - Regierungsbeteiligung ist keine Kleinpartei
- Was Leute vorgeben und was sie sind ist ein Unterschied
- Gruppierungen einladen: Avaaz, Campact, Change.org: Von Regierung gegründet

Finanzierung:

- Welche Kosten entstehen?
 - Schlanke Organisation > Minimale Finanzierung
 - Ehrenamtliche Arbeit
 - Abwägung: Wie möchte ich von außen wahrgenommen werden > Professionelles Layout nötig, es wirkt zuweilen aber albern, wenn Parteien so seriös tun
 - Möglichst kleiner Beitrag, aber Grundausstattung nötig: Was wird wirklich gebraucht?
 - Telefon, Flyer, Internetseite, Techniker, Computer, Drucker?
 - Betrieb einer Homepage muss garantiert sein!
- Mitgliedsbeiträge
 - Jede Partei müsste einen Beitrag X zahlen
 - % Parteikasse
 - % der Mitgliedsbeiträge
 - pro Parteimitglied Betrag X
 - Fester Sockelbeitrag abhängig von Mitgliedsbeiträgen
 - Staffelung, weil große Parteien sonst mehr Stimmrecht haben wollen
 - Freiwilliger Beitrag, mindestens jedoch...
 - Summe, die jede Partei sich leisten kann
 - Die Mitgliedsbeiträge müssen geklärt werden, eine Abstimmungsvorlage soll erarbeitet werden.
- Sonstige Finanzierung
 - Spenden bzw. freiwillige Beiträge der Mitglieder
 - Bieterverfahren zur Finanzierung von Projekten
 - Parteien haben viel Spielraum, aber auch Offenlegungspflichten
 - Fördermitgliedschaften (Natürliche Personen) > Satzungen von Fördervereinen anschauen
 - Nur nicht zweckgebundene Spenden von außen.
- Gemeinnützigkeit, juristische Eigenständigkeit, Sonst wie Firma behandelt, Gemeinnützigkeit wäre daher schön

Homepage

- Außendarstellung
- Kommunikation
 - schnell Domain sichern
 - Koordination über Webseite
- Logoentwicklung
- Abstimmungstool
- Webspaces von Piraten?
- Technik sollte möglichst von allen verstanden werden
 - Fabian plädiert für Google, sei selbsterklärend, 8€/ Monat, G-sweet Account, Fabian schickt Vorteil von G-sweet rum
 - Therese und Fluki sind für Word-Press
- Team Web: Fluky, Fabian, Beni, Holger, Bianca

Pressemitteilung

- Intervention zur EU-Wahl: Pressemitteilung
- Hier läuft etwas komplett schief, hier soll den Kleinparteien der Saft abgedreht werden
- Team für PM: Beni, Jenny, Therese, Bianca, Fluki, Detlev, Karin, Andreas (2x) ➤ ZDF

Namen

- Kleinparteien im Verbandsnamen?
 - wird kritisch gesehen
 - ist provozierend, aber nicht positiv Werbewirksam
- Name kann Interviews hervorrufen
- kurz und prägnant, dann Namenszusatz, der das präzisiert
- Parteien sind Kunden, aber auch Wähler
- Antrag für die nächste Konferenz, Ankündigung Namensdiskussion, Vorschläge konsensieren
- Schnittmenge muss definiert werden
- Leute müssen sich damit identifizieren können

Vorschläge:

- Bündnis Vielfalt
 - Vielfalt statt Einfalt
 - Vielfalt der Zukunft
 - Allianz der Vielfalt
 - Das Große Bündnis der kleinen Parteien
 - Bundesverband der Parteien: Die Großen nicht mit erwähnen, wie sie es mit uns machen
 - Contra: Hört sich erst mal nach den alten Parteien an
 - Bundesverband Basisdemokratie (BvBd)
 - sagt, um was es geht
 - kurz und prägnant
 - Basisdemokratie ist nicht so genau definiert
 - Assoziationen negativ (Volksentscheide):
 - Bündnis Weltrettung
 - Bundesverband der basisdemokratischen Parteien
 - Bündnis Vielfalt für alle gibt es schon
 - Bündnis 119 die Natürlichen
 - Bündnis 21
 - Bündnis 3000
- Namensfindungsteam: Bianca, Jenny, Fabian (Eine-Welt-Partei)

Satzung

- Gründe etc. müssen juristisch in Satzung eingearbeitet werden
- Satzungsentwürfe Tina und Günther
- Ausschlussklauseln
- Für Bündnis (ohne Verein) braucht man nur Sprecher
- Satzung so einfach wie möglich halten
- AG Satzung: Andreas Hentsch, Beni, Günther, Karin, Tina, Marcus Hißfeld, Therese, Bianca

Termine

- Andreas richtet eine google-Gruppe ein
- Events planen: Mit Europawahl Schritt halten
- 15.03. Lovelite
 - Nicht zugelassene Parteien emotional auffangen
 - Europawahl > Intervention > PM
 - Gründung oder Wahlkampfveranstaltung
- 13.04. Podiumsdiskussion
 - Wahlkampagnen-Teams fragen
 - Thematik Europawahl > Parteien, die Kandidaten haben sollen sie dahin schicken
 - mögliche Orte (preisgünstig sollte es sein und symbolträchtig)
 - Lovelite
 - Piraten Geschäftsstelle
 - Pinellodrom (nicht als Partei anfragen), beziehen auf Alexander Spieß
 - PM für Podiumsdiskussion - RBB Anfrage
 - Bürgerzentrum Neukölln ganz gut für Diskussionen
- 29.05. Europawahl Wahlparty mit Öffentlichkeitsarbeit, Lovelite